

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

29.9.1931 (No. 226)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
L. R.:
C. A. Gehrbach
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einjäh. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gether frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kaszenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostandverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung zu irgendwelcher Bezahlung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Bestellen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Währung und Sparen Brüning und Luther für unbedingtes Festhalten an der Goldwährung

Auf der 50. Jubiläumstagung des Deutschen Sparassens und Giroverbandes in Berlin hielt am Montag Reichskanzler Dr Brüning eine Rede. Er sagte u. a.:

Angesichts der schwerwiegenden Entscheidungen, vor denen die Welt durch das Bankrot der Standardwährung steht u. die möglicherweise die Wirtschaftsentwicklung auf Jahre hinaus festlegen könnten, müsse eine klare Linie in politischer Hinsicht gefasst und vorzeitige Beschlüsse vermieden werden. Die Währung muß in Deutschland unverändert erhalten bleiben. Kein Volk, das wie das deutsche das furchtbare Erleben einer Inflation über sich ergehen lassen mußte, wird es erneut ertragen können, wenn in den Zeiten größter Unsicherheit und Angst erneut dem Vertrauen auf den Bestand der Sparvermögen und Rücklagen ein Stoß verfehlt würde. Die Regierung wird darum im Verein mit der Reichsbank alles tun, um die Währung in ihrem Bestande zu schützen.

Wenn es gelinge, Ansprüche und Preise auf billiger Richtung zu konzentrieren, wenn die Ausfuhr erleichtert und der Zinsfuß gehoben werde, dann werde auch der Sparzins neue Anregungen finden. Zur Steigerung des Vertrauens wird — so sagte der Kanzler — vor allem auch die Schaffung von Sicherheiten gegen eine mit den Erfordernissen der Volkswirtschaft nicht im Einklang stehende Kapitalverteilung angestrebt werden. Gerichte über Verschlagnahme von Sparguthaben wies der Kanzler als völlig unbegründet zurück. Zur Hebung und Beförderung des Sparvermögens müßten Banken, Sparkassen und Genossenschaften zusammenarbeiten, worin sie von den Behörden nach besten Kräften unterstützt werden würden. Die Tatsache, daß auch in den schweren Zeiten der letzten Jahre die Sparanlagen eine beträchtliche Höhe erreicht hätten, sei der Beweis eines starken Vertrauens der breiten Öffentlichkeit und für den gefunden Kern unserer Wirtschaft.

Nach dem Reichskanzler ergäbe der preussische Innenminister, Severing, das Wort. 12 Milliarden Reichsmark Sparanlagen seien von 18 Millionen Sparern nach der Inflation gespart worden. Dem Sparzinslegende habe nicht nur die Sparlaste mit ihrem Vermögen, sondern daneben auch der kommunale Gewahrsamverband mit seiner Steuerkraft. Unbedingt erforderlich sei eine Reform bei den Sparkassen je nach Notwendigkeit. Den Sparkassen müsse eigene Rechtspersönlichkeit gegeben werden, um das Sparvermögen von dem sonstigen Gemeindevermögen zu trennen. Die Liquidität und die Liquiditätsreserven der Sparkassen und Girozentralen müßten stärker gesichert werden. Im Kommunalkreditwesen sei eine engere Grenzziehung vonnöten, ebenso eine überprüfendere Kontrolle. Das alles dürfe aber nicht zur Beeinträchtigung der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Sparkassenorganisation führen.

Reichsbankpräsident Dr. Luther machte in einer Ansprache einige grundsätzliche Bemerkungen über die deutsche Währungs-politik angesichts der Entwertung des Pfundes. Er wandte sich scharf gegen die Inflationsideen und gegen die Gebankengänge, die im Hinblick auf die Einstellung der Goldentlösung durch die Bank von England und die daraus für die englische Wirtschaft sich ergebenden vorübergehenden Vorteile ausgesprochen werden. Neue Aufträge für die Industrie, Exportprämie im Preise usw., dieses Wohlbestinden sei nur im ersten Stadium der Inflation vorhanden, was Deutschland am eigenen Leibe erlebt habe, sehr bald würden Kosten und Preise steigen. Für Deutschland scheide der Gedanke, es könnte eine dosierte, eine kontrollierte Inflation geben, aus. Dr. Luther betonte, daß er es weit von sich weise, durch Inflation den deutschen Sparern um sein Kapital zu bringen.

Für Deutschland gebe es noch ein besonderes Hindernis, die Goldparität schwinden zu lassen, nämlich die Salutaschulden, da es an das Ausland vorwiegend in Gold, Dollar oder in anderen goldbeständigen Währungen und nur zu einem geringen Teil in Pfunden verschuldet sei. Infolgedessen würde uns in unserer Lage eine Abwertung der Reichsmark keine Erleichterungen im Schuldenstand bringen, zumal unsere Auslandsverschuldung in der Gesamtverschuldung die entscheidende Rolle spiele. Mit Rücksicht auf die besondere Lage der deutschen Währung innerhalb des Goldproblems der Welt könne die Stellungnahme Deutschlands nicht davon abhängig gemacht werden, ob nicht andere Länder aus den besondern Voraussetzungen ihrer Lage heraus ähnliche Schritte wie England tun. Auf keinen Fall sollte man überschätzen, daß die englische Lage die Besonderheit besitze, daß möglicherweise infolge Auslaufens der von England gewährten Kredite eine stärkere Pfundnachfrage einsetze.

Die für die Schaffung neuer Währungen gemachten Vorschläge (Hoggenmark, Rentenmark, Steuermark, Arbeitsmark usw.), bezeichnete Dr. Luther als reine Inflationen. Alle diese Projekte gingen darauf aus, neue Zahlungsmittel zu schaffen, ohne sich an den alten Währungsgrundfuß zu halten, daß der Zahlungsmittelumlauf nicht über die Grenze hinausgehen dürfe, die sich aus dem Warenumlauf ergebe. Die Bindung an das Gold gewährte objektive Einhaltung dieser Grenze, deren Überschreitung Inflation bedeute. Das Festhalten an der Goldwährung bewahre Deutschland vor unübersehbaren Schwierigkeiten und werde schließlich auch Deutschlands Kredit stärken.

Letzte Nachrichten

Das Herbstprogramm der Reichsregierung

Wiederaufnahme der Beratungen

BRN. Berlin, 29. Sept. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, ist das Reichskabinett heute vormittag um halb 11 Uhr zusammengetreten, um die durch die Lage des französischen Ministerbesuches unterbrochenen Beratungen über das Herbstprogramm wieder aufzunehmen. Auch für heute nachmittag ist eine Kabinettsitzung vorgesehen, so daß man annehmen kann, daß der Kanzler die Beratungen nun beschleunigt zu Ende führen will. Die außenpolitischen Fragen, die mit Genf zusammenhängen, dürften heute wohl noch nicht zur Sprache kommen, zumal ja vorgehen war, daß sie zunächst noch einmal zwischen dem Reichskanzler und Dr. Curtius in einer persönlichen Aussprache behandelt werden.

Der deutsch-französische Ausschuss

Vorerst nur ein Rahmen für weitere Zusammenarbeit

M. Berlin, 29. Sept. (Priv.-Tel.) Das amtliche Communiqué, das im Anschluß an den französischen Besuch veröffentlicht wurde, hat zu manchen Mißdeutungen in der Presse Anlaß gegeben. Es wird noch einmal betont, daß politische Fragen nicht erörtert worden sind, auch nicht die Frage der Reparationen. Ebenso wenig ist vom Rußland-Geschäft gesprochen worden, welche Frage den Beratungen der Kommission vorbehalten bleibt.

Man hat in diesen zwei Tagen überhaupt nur den Rahmen für eine wirtschaftliche Verständigung gezogen, ohne jedoch schon in materielle Einzelheiten einzugehen. Diese Dinge bleiben erst den weiteren Verhandlungen vorbehalten. Dazu gehört auch die Ernennung der Mitglieder und Sachverständigen. Es steht noch nicht einmal fest, ob man Listen wählt oder für den Einzelfall besondere Ernennungen sich vorbehält, also auswechselbare Sachverständige. Ebenso sei erwähnt, daß die Bezugnahme auf neue Abstmöglichkeiten nicht etwa anfänglich, daß man an bestimmte Länder dabei gedacht hat.

In Berlin scheint man somit Gewicht darauf zu legen, daß die deutsch-französischen Abmachungen nicht dahin aufgefaßt werden, als richteten sie sich gegen andere Staaten.

Goldklausel und Sterling-Kurs

Regelung in der Notverordnung

M. Berlin, 29. Sept. (Priv.-Tel.) Der Reichsfinanzminister hat heute eine Verordnung herausgegeben, die durch das Löszen der englischen Währung notwendig geworden ist. Es handelt sich um die Frage der Umrechnung in besonderer Beziehung auf die Kriegsgeschädigten. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß durch eine Umrechnung nach den bisherigen gesetzlichen Anordnungen die „Goldmark“, wie sie in den Entschädigungen vorgesehen ist, nur einen Wert von 0,91 RM. hätte. Infolgedessen wird eine entsprechende Bestimmung veröffentlicht. Für andere Zahlungen, die gleichfalls auf der Goldklausel, ist ein Erlaß des Reichsfinanzministers an sich nicht zulässig. Diese Frage soll vielmehr in der kommenden Notverordnung geregelt werden.

Der Konflikt in der SPD.

BRN. Berlin, 29. Sept. (Tel.) Wie wir hören, ist der Parteivorstand der SPD. heute zusammengetreten, um abschließend zu dem Konflikt mit den Reichstagsabgeordneten Seydewitz und Rosenfeld Stellung zu nehmen. Wenn sie entgegen dem Beschluß des Parteiausschusses an dem oppositionellen Zeitstreifen festhalten wollen, soll mit dem Ausschluß beider Abgeordneten zu rechnen sein. Neuerdings hat sich gegen die Auffassung des Parteivorstandes auch der Bezirksvorstand Zwickau gewandt, indem er den Abg. Seydewitz wieder in seine Ämter einsetzte. Hiermit ist demnach ein Konflikt zwischen der Leitung der SPD. und der Mehrheit des Zwickauer Parteigremiums entstanden, zu dem der Parteivorstand heute gleichfalls Stellung nehmen soll. Ein Beschluß ist erst für die Abendstunden zu erwarten.

Große politische Debatte auch im Preußenlandtag

BRN. Berlin, 29. Sept. (Tel.) Die Tagesordnung der ersten Plenarsitzung des Preussischen Landtags am 13. Oktober enthält eine Reihe kleiner Vorlagen, u. a. die Erleichterung von Anträgen wegen der Behandlung des Kolonialproblems in den Schulen und der Entfernung des Romans „Im Westen nichts Neues“ aus den Schulbüchern. Ferner steht eine Denkschrift über die praktischen und pädagogischen Erfahrungen mit dem Religionsunterricht in den Berufsschulen zur Aussprache. Am 14. Oktober soll eine große politische Aussprache beginnen. Dieser Debatte liegen Vertrauensanträge gegen das Staatsministerium zugrunde.

Dr. Luther schloß damit, daß die wichtigste Stütze, die die Reichsbank den Sparkassen und ihren Zielen geben könne, das unverbrüchliche Festhalten an der stabilen Goldwährung sei.

Das Ergebnis des Berliner Besuchs

Ein amtliches Communiqué

Die französischen Minister haben heute, Dienstag morgen die Rückreise nach Paris angetreten. Sie besuchten Montag mittag in Berlin das Pergamon-Museum in Begleitung des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers und fuhrten dann nach dem Schloß Brüninglinden bei Gladow an der Havel, das dem Vorbesitzer der Höchster Farbwerte, der kein Verwandter Brünings ist, gehört und jetzt ein Klubheim des Automobilklubs von Deutschland ist. Dort fand nach einem Frühstück eine „Unterredung unter vier Augen“ statt. Auf dem Rückweg besuchten Briand und Curtius gemeinsam Potsdam, während Laval und Brüning direkt nach Berlin zurückfuhrten. Zum Abschluß des Besuchs veranstaltete der französische Volschaster Poncet ein Essen, an dem die deutschen und die französischen Staatsmänner, eine Anzahl Mitglieder des Reichskabinetts und der preussischen Regierung, ferner Reichsratsmitglieder, Abgeordnete, deutsche und fremde Diplomaten, darunter verschiedene fremde Volschaster, und Vertreter des öffentlichen Lebens aus den verschiedensten Berufskreisen teilnahmen. Während der Mahlzeit brachte der französische Volschaster einen Trinkspruch auf den Reichspräsidenten und den Präsidenten der französischen Republik aus.

Ein am Montagabend ausgegebenes Communiqué über die Ergebnisse der Ministerbesprechungen enthält im wesentlichen Angaben über die Einsetzung und Funktionen des künftigen deutsch-französischen Ausschusses, sowie über die Gliederung seines Aufgabekreises, das wirtschaftliche, finanzielle und technische Einzelheiten der Zusammenarbeit umfaßt. Es besagt:

Der französische Ministerpräsident und der französische Außenminister sind nach Berlin gekommen, um den Besuch zu erwidern, der ihnen seinerzeit der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen in Paris abgellattet haben. Zugleich war es ihre Absicht, ihre früheren Besprechungen zu einem Ergebnis zu führen.

Die Vertreter der beiden Regierungen haben erneut ihrer Abergzeugung Ausdruck gegeben, daß ihr Ziel die Pflege vertrauensvoller Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist. Sie sind der Ansicht, daß die Wirtschaftskrise, unter der gegenwärtig die ganze Welt leidet, es ihnen zur gegenseitigen Pflicht macht, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete ihre Bemühungen zu vereinen, um Lösungen zur Linderung der Not zu finden.

Den deutschen und den französischen Ministern scheint es geboten, ein besonderes Organ zu schaffen, dessen Arbeitsweise greifbare Ergebnisse zu gewährleisten verspricht. Sie sind dementsprechend übereingekommen, eine gemischte deutsch-französische Kommission zu bilden, die aus Vertretern der beteiligten Zentralstellen unter Beteiligung von berufenen Vertretern der verschiedenen Zweige der Wirtschaft, wie auch der Arbeitnehmer, bestehen soll. Die Leitung der Kommission wird Mitgliedern beider Regierungen obliegen. Außerdem wird ein gemeinsames ständiges Generalsekretariat eingerichtet. Die Kommission wird ihre Sitzungen je nach Bedarf in dem einen oder anderen Lande abhalten und ihre Arbeiten alsbald aufnehmen.

Die Kommission hat die Aufgabe, alle die beiden Völker berührenden Wirtschaftsfragen zu prüfen, ohne dabei die Interessen anderer Länder und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit aus den Augen zu verlieren. Sie wird vor allem die Möglichkeiten prüfen, die bereits bestehenden Wirtschaftsvereinbarungen zu verstärken und auszubauen und neue Vereinbarungen abzuschließen, und zwar gegebenenfalls in neuen Organisationsformen. Sie wird den gegenwärtigen Stand des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern untersuchen, um die seit dem Inkrafttreten des Handelsabtrages von 1927 gesammelten Erfahrungen nutzbar zu machen. Sie wird weiter gemeinsam nach neuen Abstmöglichkeiten suchen. Nach übereinstimmender Ansicht ist diese Aufzählung nicht erschöpfend.

Die Vertreter der beiden Länder legen Wert darauf, klar zum Ausdruck zu bringen, daß sich ihr Vorgehen nicht gegen die Wirtschaft irgendeines anderen Landes richtet. Sie erklären, daß sie es ablehnen, die Lösung der der Kommission zugewiesenen Fragen etwa in gemeinsamem Vorgehen auf dem Gebiete von Zollserhöhungen zu suchen. Sie werden sich an die allgemeinen Bestrebungen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise halten und werden um Mitarbeit aller Völker in jedem Falle nachsuchen, wo die Sachlage dies erfordert. So könnte u. a. die Durchführbarkeit internationaler Abmachungen über Schiffsahrt und Luftverkehr geprüft werden.

Die Vertreter der deutschen und der französischen Regierung sind überzeugt, daß sie hiermit den Grundstein zu einem Werk des Aufbaues legen. Dieses Werk soll der erste Schritt zu einer Gemeinschaftsarbeit sein, die ein Gebot der Stunde ist und an der mitzuwirken alle berufen sind.

Berliner und Pariser Kommentare

Das Communiqué wird in meisten Berliner Blättern ausführlich besprochen.

Die „Post. Ztg.“, die gleichzeitig die Medien auf der Tagung der Sparkassen unter dem Motto „Arm, aber ehrlich“ bespricht, schreibt, die Arbeit in Stresemanns Geist geht weiter.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 59. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Sie ruht auf dem festen Grund gesicherter Grenzen und gesicherter Währung. — Die „Germania“ glaubt, daß allzu großer Optimismus ebenso schädlich wäre, wie jene Stimmen der Ungläubigkeit, die sich gegenüber allen deutsch-französischen Anstrengungen äußerten. Der „Vorläufer“ begrüßt die Tatsache, daß der Kreis der Aufgaben des gemischten Komitees nicht begrenzt werde, also ihre Erweiterung jederzeit möglich sei. — Die „M.Z.“ verweist auf Locarno und Thoiry, wo man die gleiche Szene schon vernommen habe. Trotzdem sei das deutsch-französische Verhältnis, mit Ausnahme der Räumung des Rheinlandes, einer wirklichen Befriedung um keinen Schritt nähergekommen. — Der „Koslanzeiger“ fragt, das ist alles? Ein Komitee im Sinne Frankreichs, das sei schlimm. Frankreich sehe, daß es keine Tribute mehr erhalten werde. Es wolle sich sichern, seine Weltmacht und die mit ihr verbundene Hegemonie.

Paris, 29. Sept. (Tel.) In der Pariser Presse findet die Schaffung des ständigen Wirtschaftskomitees gute Aufnahme. Man will die Bedeutung einer derartigen Organisation nicht übertreiben, da die politischen Fragen seinem Aufgabekreis entzogen sind, aber auch nicht unterschätzen. Das erklärt zum Beispiel, die Schaffung des Komitees beweise materiell den Willen beider Nationen zur Zusammenarbeit. — „Petit Parisien“ betont, die Berliner Begegnung sei in einer Atmosphäre verlaufen, die von Stunde zu Stunde herzlicher geworden sei. — „Petit Journal“ sagt, der Besuch der französischen Minister bei Hindenburg erteile denen eine Antwort, die behaupten, daß sich seit Versailles nichts geändert habe.

Die Abreise Lavals und Briands

Berlin, 29. Sept. (Priv.-Tel.) Gegen 7.30 Uhr früh verließen Laval und Briand das Hotel „Adlon“. Zu ihrem Abschied hatten sich Herren des Auswärtigen Amtes eingefunden. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße erschien Reichsaußenminister Curtius um halb 8 Uhr. Kurz darauf fuhrten die französischen Gäste vor. Sie warteten vor dem Bahnhofseingang auf Reichskanzler Brüning. Um 7.50 Uhr verließen dann die Franzosen Berlin.

Der Mecklenburg-Strelitzer Aufwertungsprozess

Rostock, 29. Sept. (Tel.) Im Reichsstreit der Prinzessin Marie zur Lippe, der Prinzessin Milha von Montenegro und der früheren Großherzogin Elisabeth von Mecklenburg-Strelitz gegen den Freistaat Mecklenburg-Strelitz wegen Aufwertung ihrer Abfindungen, hat das Oberlandesgericht zu Rostock heute das Urteil verkündet, wonach der Freistaat Mecklenburg-Strelitz zu zahlen hat: An die Prinzessin Marie zur Lippe 161 300 M., an die Prinzessin Milha von Montenegro 500 000 M. Bezüglich der Großherzogin wurde der Schiedsspruch in Höhe von 1 Million M. mit 8 Prozent Zinsen seit dem 15. Juli 1925 für vollstreckbar erklärt.

Kurze Nachrichten

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute, Dienstagvormittag, den Reichskanzler zum Bericht über den Stand der Arbeiten der Reichsregierung.

Nationalsozialistische Mißtrauensvoten. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion will beim Wiederzusammentritt des Reichstages einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning und einen besonderen Mißtrauensantrag gegen Außenminister Dr. Curtius einbringen. — Die Kommunisten werden Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning, sowie gegen die Minister Curtius, Siegelwald und Schiele einbringen.

Die Verhandlungen im Ruhrbergbau. Der Reichspräsident hat für den Tarifkonflikt im Ruhrbergbau eine Notverordnung erlassen, die dem Schlichter in Westfalen für die Findung eines Schiedsspruches wieder zwei Weisler gibt, wie es schon einmal im Januar durch Notverordnung geschehen war. Als Weisler fungieren diesmal Regierungspräsident Dr. Bergemann-Düfelldorf (S.P.D.) und der Beigeordnete Dr. Bragard-Wupperthal (Zentr.).

Ein Regierungspräsident wegen Beleidigung verurteilt. Das Amtsgericht Halle verurteilte am Montag den Merseburger Regierungspräsidenten Ernst von Harnack, zu 100 M. Geldstrafe bzw. zehn Tagen Haft wegen Beleidigung des zweiten Bundesführers des Stahlhelm, Oberstleutnant a. D. Düsterberg, von Harnack hatte im Januar bei einer Versammlung in Halle zur Bekämpfung des Volksbegehrens Oberstleutnant Düsterberg als rauhbeinigen Stahlhelmfeldwebel bezeichnet und ihn mit einem „Keinen Finkischer“ verglichen, der dem Montblanc (Severing) gegenüberstehe. Eine Widerlage von Harnacks wegen weiter zurückliegender Gegenbeleidigungen Düsterbergs wurde als unzulässig zurückgewiesen.

Lohnabbau bei der Reichsbahn. Die Reichsbahngesellschaft hat, den Blättern zufolge, im Einvernehmen mit der Reichsregierung den drei vertragschließenden Organisationen die §§ 4 und 5 des Lohnvertrages vom 31. Oktober gekündigt, um die in der Notverordnung vorgesehene Lohnsenkung auch bei der Reichsbahn durchzuführen.

Städt. Konzerthaus Karlsruhe

„Frauen haben das gern“

Auch auf dem leichten Boden der Konzerthausbühne hat zu Anfang der neuen Spielzeit eine Erstaufführung erblühen dürfen. Sie nennt sich „Frauen haben das gern“. Das ist die nicht besonders geschmackvolle Umdeutung eines alten Lustspiels, das früher „Der feinsche Lebemann“ hieß und von dem bekannten Autorenpaar Franz Arnold und Ernst Bach stammte. Vorsichtige Gärtner der modernen Schwankoperette wissen indessen, was sie der Lektüre eines erprobten Textbuches zu verdanken haben, und so verzichten sie lieber auf ein eigengezüchtetes Gewächs, d. h. sie modeln den bekannten Text eben soweit um, daß er nun auch zu einer Einlagemusik einermäßig paßt.

Aber die Handlung kann man deshalb rasch hinweggehen; sie dürfte älteren Besuchern noch geläufig genug sein, und Neulingen wollen wir hier nicht die Freude des „ersten“ Erlebnisses verderben. Bleibt immerhin ein Wort über die Musik zu sagen, die von Walter Kolos herrührt, der jetzt zum Routinier seines Faches geworden ist, wenn er überhaupt je etwas anderes war. Nun, es läuft alles auf den eingefahrensten Gleisen, und er liefert ebenso gangbare Ware, wie Nibamus, der ihm Gesangsberie im üblichen Unsinnsparlando lieferte. Da sind also knallige Duette mit anschließenden gelehnten Tanzrhythmen zu hören, nicht gerade als sparsame Würze löst das Saxophon in einem Salonorchester, das unter dem ununterbrochenen Mitgeplapper des Klaviers ein bißchen leidet, aber angebaute oder gar ausgebaute Finales gibt es nicht. Das würde nämlich Opernherzig betragen, und für solche Sachen sind natürlich die Herrschaften keineswegs empfänglich gestimmt, weder unten im Orchester, noch oben auf der Bühne, wo zumeist Schauspieler stehen.

Schluss der Völkerbundsversammlung

Am den Rüstungsstillstand

Genf, 29. Sept. (Tel.) Die 12. Völkerbundsversammlung hat nach etwas mehr als dreiwöchiger Dauer heute vormittag ihre Arbeiten beendet. Zunächst wurde der Bericht des Haushaltsausschusses zur Kenntnis genommen, in dem besonders die Mehrausforderungen für den Neubau des neuen Völkerbundsgebäudes stark getadelt werden. Nach einer kurzen, eindrucksvollen Trauerandacht für den verstorbenen polnischen Minister Strinska, der bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund die Völkerbundsversammlung geleitet hat, beschäftigte sich die Völkerbundsversammlung mit dem in einer Nachsitzung des Abrüstungsausschusses fertiggestellten Bericht über das sog. Rüstungsstoppjahr. In einer kurzen Ansprache verteidigte Lord Cecil die der Versammlung vorgelegte Resolution.

Genf, 29. Sept. (Priv.-Tel.) Die gestrige Entscheidung des Abrüstungsausschusses über den Rüstungsstillstand stellt einen wesentlichen Fortschritt gegenüber allem dar, was der Völkerbund bisher auf dem Gebiete der Abrüstung geleistet oder vielmehr veräußert hat. Während in den bisherigen Beratungen des Vorbereitungsausschusses Deutschlands immer, wenn es sich um einen positiven Auftrag handelte, so gut wie isoliert war, zeigte sich diesmal eine kompakte Abrüstungsmehrheit, der als Hauptopponent nur noch Frankreich mit seinen Verbündeten und Japan gegenüberstanden.

Als positives Ergebnis muß festgehalten werden, daß auf Grund der gestrigen Entscheidungen kein neues Rüstungsprogramm in Angriff genommen werden und keine Beschleunigung des Tempos bei der Ausführung der jetzigen Programme eintreten darf. Diese Verpflichtung ist zunächst nur moralischer Art. Die Regierungen werden sich aber bis zum 1. November klar darüber zu äußern haben, ob sie diese Verpflichtung anerkennen.

Unbeschadet dieser Gesichtspunkte muß aber festgehalten werden, daß der Abrüstungsstillstand in der abgesehenen Form, die er in den Kommissionsberatungen schließlich erhalten wird, an unfruchtbareren Ergebnissen nicht sehr fruchtbar sein wird. Eine Reihe von Delegationen hat sich außerdem ausdrücklich vorbehalten, daß die normale Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen über die Personalfürsorge, die Unterhaltung und Erneuerung des Materials der Land-, See- und Luftstreitkräfte oder der Befestigungen nicht gegen den Grundsatz des Rüstungsstillstandes verstoße.

Die Friedensaktion zwischen Nanjing und Nanton

London, 29. Sept. (Tel.) „Times“ melden aus Hongkong: Die Friedensdelegation der Nanjing-Regierung ist hier eingetroffen und hat eine vorbereitende Konferenz mit der Delegation der Nanton-Truppen abgehalten.

Der Amerikabezug Lavals. Wie aus Washington verlautet, soll beim Besuch Lavals die Abrüstungsfrage den hauptsächlichsten Gegenstand der Besprechung zwischen Hoover und dem französischen Ministerpräsidenten bilden. Weder die Schaffung eines Konsultationspaktes noch die internationale Schuldenfrage dürften von hier aus angeknüpft werden.

Die englische Arbeiterpartei in Opposition. Im Laufe der Unterhausdebatten am Montag über die vorgeschlagenen Wirtschaftsmassnahmen wurde ein Antrag der Arbeiterpartei, die geplante 10prozentige Kürzung der Unfallentschädigungen im Bergbau zu streichen, mit 296 gegen 243 Stimmen abgelehnt.

Zollauflösung in Italien. Zur Deckung des Defizits im Staatshaushalt wird die Einfuhr solcher Waren nach Italien, die nicht unter die Reißbegünstigungsklausel fallen, mit einem Zollauflösung von 15 Proz. belegt.

Verlängerung der französischen Kredite an Spanien. Die von der Bank von Frankreich der Bank von Spanien gewährten Kredite in Höhe von neun Millionen Pfund Sterling sind zu den bisherigen Bedingungen um weitere drei Monate verlängert worden.

Rußland will Kredit von Amerika. Der Chef der russischen Handelsdelegation in den USA, Bogdanow, ist in New York eingetroffen, er erklärte, daß Rußland von Amerika einen Kredit von 100 bis 150 Millionen Dollars zu erhalten wünsche.

Weitere Erhöhung der Fahrpreise nach dem Kontinent in England. Die Southern Railway teilt mit, daß die neuen Tarife für Fahrarten nach dem Kontinent, die am letzten Mittwoch in Kraft getreten sind, infolge der weiteren Kursveränderung des Pfundes nächsten Montag wieder etwas erhöht werden müssen.

Nach einer Mitteilung des Luftschiffbauers Zeppelin hat der „Graf Zeppelin“ seit seiner Indienstellung, einschließlich seiner beiden großen Südamerikafahrten, 323 Fahrten ausgeführt und dabei in 3309 Stunden 325 912 Flugkilometer zurückgelegt.

Die Erstaufführung brachte dem Konzerthaus einen Riesenerfolg, obwohl viele der besten Auftritte aus der Handlung wegradiert wurden und auch hier wie im „Weißen Röhl“-Fall allein eine Art Großstadtrevue übrig blieb. Doch über deren burlesker Possenhaftigkeit verhielt man schnell, was nicht mehr da ist, dafür gibt es jetzt ausreißenden Erfolg in bezug auf die Gelentigkeit der Langbeine, und Paul Müller als Fabrikant Seibold oder Alfons Klobbe, der einen fixen Stieglisch spielt, auch auf diese Weise angelockert zu sehen, lohnt schon drei volle Erheiterungstunden. In leidlicher Mangordnung nehmen an der Tanzmaschinerie des weiteren die Damen Emmy Seiberlich und Willi Jank teil, weniger mit ihren unteren Extremitäten, aber desto würdiger sind Marie Genter, Hermann Brand und Joachim Ernst beschäftigt, nicht ganz zu übersehen auch Kelly Rademacher, die als Dienstmädchen Annuschka mit rötlichem Schopf über die Bretter flüht.

Als Dirigent amtierte Curt Stern mit der nötigen Kapellmeisterdignität, frischfröhlicher Regisseur ist Fritz Herz, der sich wohlweislich bei den Gesangs- und Tanznummern von Alfons Klobbe Teraten läßt. Raum zu bändigender Weisheit, der vom Parkett zur Bühne rauscht, ist verdienter Lohn und garantiert die bei solchem Anlaß hochwillkommene Premierenluft. Eine ungehörte Serie von Wiederholungen mag auch diesem Saisonbeginn — vor stark besuchtem Haus — somit sicher sein.

Chefredakteur Alfred Scheel, der vor seiner Berufung als Dogen am Heidelberger Institut für Zeitungswissenschaften lange Jahre die reaktionelle Zeitung der Mannheimer „Neuen Badischen Landeszeitung“ innehatte, wird zum 1. Oktober d. J. aus Gesundheitsrücksichten seine Lehrtätigkeit aufgeben und in den Ruhestand treten.

Der Goldstandard

Snowden über die englische Währungspolitik

Im englischen Unterhaus antwortete am Montag Snowden auf die Frage, ob die Regierung die Zweckmäßigkeit einer Rückkehr zum Goldstandard erwogen habe, es wäre wohl verfrüht, eine Erklärung darüber jetzt schon abzugeben, da die künftige Entwicklung Englands später unter der Einwirkung der dann im Inlande und im Auslande herrschenden Umstände beschlossen werden müsse. Der Schatzkanzler fügte hinzu:

„Ich halte es jedoch für richtig, zu wiederholen, daß die Regierung fest entschlossen ist, jede inflationistische Maßnahme zu vermeiden. Den zeitweiligen Schwankungen sollte keine zu große Beachtung geschenkt werden.“ Der zweite Teil der Frage, der dahin ging, ob zwischen der englischen und den anderen Regierungen Verhandlungen zur Einberufung einer internationalen Konferenz für die Fixierung eines internationalen Währungsstandards geführt würden, wurde von Snowden verneint.

Voraussetzliche Einfuhrbeschränkung in England

Lord Meldett wird in diesen Tagen im Oberhaus unter dem Titel „Einfuhrregelungsgesetz“ eine kurze Vorlage einbringen, durch die die Regierung ermächtigt werden soll, im Verordnungswege die Einfuhr zu beschränken oder gar zu verbieten, soweit sich dies mit den bestehenden Handelsverträgen in Einklang bringen läßt. Eine solche Verordnung würde, falls sie nicht die gesetzliche Sanction durch das Parlament erhalten würde, eine Gültigkeit von 60 Tagen haben. Man hofft, daß die Vorlage vielleicht schon heute abend die erste Lesung passiert.

Dänemark hebt unter Festhaltung am Goldstandard die Gold-einfuhrspflicht bis 30. November auf und setzt das Deduktionsverhältnis von 50 auf 33 1/2 Prozent herab. Finnland erklärt, an der Goldrechnung festhalten zu wollen.

Badischer Teil

Verbot des Mannheimer

„Hakenkreuz-Banner“

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 hat der Minister des Innern die in Mannheim zweimal wöchentlich erscheinende nationalsozialistische Zeitung „Hakenkreuz-Banner“ auf die Dauer von zwei Wochen verboten.

Anlaß zu dem Verbot gab ein Aufruf in Nr. 57 des „Hakenkreuz-Banner“ vom 26. September 1931 mit der Überschrift „An die deutschbewußten Schüler!“, in dem die Schüler zum Eintritt in den Nationalsozialistischen Schülerbund trotz der bestehenden Verbote (§ 6 der Verordnung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 12. Januar 1921) aufgefordert werden. Hierin ist ein Verstoß gegen die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 und vom 17. Juli 1931 zu erblicken.

Abschiedsaudienz des bad. Gesandten beim Reichspräsidenten

Der Reichspräsident empfing am Montag den aus Berlin scheidenden badischen Gesandten Dr. Knoll.

Das Schluchseewerk

vor seiner Vollendung

Kürzlich erschien in der Presse ein Artikel, „Das Schluchseewerk vor der Vollendung“, welcher die Berichte über den gegenwärtigen Bauzustand des Schluchseewerks zum Anlaß nimmt, seinerseits die früher gegen das Werk erhobenen Vorwürfe hinsichtlich seiner Meinung nach noch nicht erfüllten Forderungen zu wiederholen, dazu schreibt die Schluchseewerk A.-G., Freiburg:

In Konferenzen, Versammlungen und Besprechungen, teilweise unter Beteiligung der Regierung, ist weitgehende Aufklärung gegeben und die erhobenen Beanstandungen sind nach eingehender Prüfung zurückgewiesen worden. Auf die neuerlichen Ausführungen des Artikelschreibers würde sich eine Erwiderung erübrigen, da er unzureichende Feststellungen doch ignoriert; wir möchten aber für die Öffentlichkeit hier einige kurze Ausführungen geben.

In der Aussprache beim Finanzministerium wegen der Strompreisverbilligung wurde beschlossen, von einer neutralen Behörde ein Gutachten über das Ausmaß der Verbilligung einzuholen, und mit der Abfassung dieses Gutachtens in gegenseitigem Einverständnis die Badische Wasser- und Straßenbauverwaltung betraut. Das Gutachten ist erfaßt. Auf Grund der durchgeführten Untersuchungen kommt es zum Ergebnis, daß die schon früher von der Schluchseewerk A.-G. freiwillig eingeräumte Strompreisverbilligung bereits in dem Ausmaß gewährt wurde, die billigere Weise verlangt werden kann.

Die Überweisung von Arbeitskräften beim Bau des Schluchseewerks erfolgte über das zuständige Arbeitsamt, das seine Befehlungen von dem Landesarbeitsamt für Südbadischland erhält. Für die bevorzugte Einstellung von Arbeitern aus dem näheren und weiteren Bezirk haben wir uns stets eingesetzt und die Behörde hat unsern Ersuchen jeweils weitgehend entsprochen. Bürgermeister von Gemeinden des Hochschwarzwaldes haben uns wiederholt Anerkennung gezollt, weil viele Erwerbslose beim Schluchseewerk beschäftigt werden konnten. Wenn allerdings die Aukerung eines einzigen Kantiniere dazu erhalten muß, daß die einheimischen Arbeiter bei den Schluchseebauten nicht genügend berücksichtigt worden seien, so können wir die Beurteilung einer solchen Beweisführung ruhig der Öffentlichkeit überlassen.

Ähnlich liegt es beim Titisee, wo die Wirkung der mit hohen Kosten durchgeführten Arbeiten zur Verbesserung des Sommerseebades gar nicht abgewartet, sondern einfach von Verschandelung des Landschaftsbildes gesprochen wird.

Neuere und den modernen Verkehrsanforderungen entsprechende Straßen, besser eingerichtete Erbsaubauten sind entstanden; weitgehende Wahrung der Belange der Wasserrutennutzer ist erfolgt. In den meisten Fällen sind wir weit über das, zu dem wir verpflichtet waren, hinausgegangen. Aber all diese Dinge, die doch Privaten und der Öffentlichkeit zugute kommen, geht der Verfasser, obwohl sie ihm bekannt sein müssen, stillschweigend hinweg. Selbstverständlich haben wir unbedingte, oder weit über das Ziel hinausgehende Forderungen — solche gibt es auch — stets abgewiesen, bzw. auf das richtige Maß gebracht. Wir werden es auch künftig so halten. Deshalb dürfte es eine große Täuschung sein, wenn der Verfasser nunmehr glaubt, auf dem von ihm eingeschlagenen Wege der Beschuldigung eher zum Ziele zu kommen.

Aus den Parteien

Der Landesverband Baden der **Deutschnationalen Volkspartei** hielt am Sonntag in Karlsruhe eine Sitzung des Landesvorstandes und Landesauschusses ab. Dabei referierte u. a. der Landtagsabgeordnete Dr. Brähler, Freiburg, über den Sonntagstag, wobei er die dort gehaltenen Reden Eugenbergs in den Mittelpunkt stellte. In einer Entschließung wurde dem Parteivorstandenden Dr. Eugenbergs uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen.

Aus der badischen Industrie

Streik bei der Kelsfabrik Seelberg in Mannheim. Montag früh ist das gesamte Personal der Kelsfabrik Seelberg in Mannheim in den Ausstand getreten. Der Streikbeschluss erfolgte einmütig.

Die Abne in der Uhrenindustrie. Der Verband der Uhrenindustriellen hat das am 15. Januar d. J. abgeschlossene Lohnabkommen auf Ende Oktober gekündigt.

Gemeindeverordnungen

Getränksteuer in Freiburg

In der Freiburger Bürgerausschusssitzung fanden am Montag 13 Punkte zur Beratung. Von Wichtigkeit waren hierbei lediglich die Vorlagen über den Fortgang des Baues der städtischen Krenthausen und über die Einführung einer Gemeindegetränksteuer. Der Kampf um die Getränkesteuer wurde mit außerordentlich großer Leidenschaft geführt, wobei die Wellen der Erregung oft in die dicht gedrängten Zuschauertribünen schlugen, so daß der Oberbürgermeister sich mehrmals genötigt sah, mit der Räumung der Tribünen zu drohen.

Da der Stadt durch die erhöhten Fürsorgeleistungen, ferner durch den Rückgang der Steuerüberweisungen von Reich und Ländern und durch die Neubelastung der Stadt durch das badische Notgesetz ein ungedecktes Defizit von 861 000 RM erwachsen sei, müsse die Stadtverwaltung, so führte der Oberbürgermeister aus, alle ihr steuerrechtlich zu Gebote stehenden Hilfsmittel ausschöpfen, wenn sie in den Genuss der Mittel des Ausgleichsfonds von Reich und Ländern gelangen wolle. Die Gegner der Gemeindegetränksteuer führten als Gründe ihrer ablehnenden Haltung an, daß die Stadt wohl noch andere Mittel bestimme, um das Defizit zu decken.

Erfst in den späten Abendstunden fiel die Entscheidung über die Steuer. Sie wurde in namentlicher Abstimmung mit 50 gegen 41 Stimmen angenommen. Somit wird ab 1. Oktober 1931 von Wein, weinähnlichen und weinähnlichen Getränken, Schaumwein, schaumweinähnlichen Getränken, Trübbranntwein, Mineralwasser, künstlich bereiteten Getränken, sowie von Kaffee, Tee und anderen Auszügen aus pflanzlichen Stoffen zum Verzehr an Ort und Stelle eine Steuer von 10 Prozent des Kleinhandelspreises erhoben. Die übrigen Beratungspunkte fanden gleichfalls Annahme. Durch die Annahme der Gemeindegetränksteuer ist die Stadt vor dem Eingriff der Staatsaufsichtsbehörde bewahrt geblieben.

Zu dem Konflikt in Zell i. B. und den Bericht über das vom Bürgerausschuß gegen Bürgermeister Walz angenommene Mißtrauensvotum wird vom Rechtsvertreter von Bürgermeister Walz in einer Zuschrift an uns festgelegt, daß zwischen dem jetzigen Bürgerausschuß und Herrn Bürgermeister Walz über die Auslegung und Tragweite des bestehenden Dienstvertrages, entgegen einer zwanzigjährigen Übung, Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen sind, die Gegenstand eines Zivilrechtsstreits werden sollten. Eine Klage ist Herrn Bürgermeister Walz nicht erteilt worden. Der von den vereinigten Rechtsparteien und der Gemeindevirtschaftlichen Vereinigung gestellte Antrag, gegen Bürgermeister Walz wegen Verletzung der ihm obliegenden Dienstpflichten und wegen seines unwürdigen, seine öffentliche Stellung gefährdenden Verhaltens ein Disziplinarverfahren einzuleiten, wurde seitens der zuständigen Behörde abgelehnt; die hierwegen eingeleitete Beschwerde als unbegründet verworfen. Über die Auslegung des zwischen der Stadt Zell und Bürgermeister Walz bestehenden Dienstvertrages hat, nachdem endlich die Gemeinde die längst in Aussicht gestellte Klage erhoben hat, ausschließlich der Zivilrichter zu entscheiden. Auf alle die bisher erschienenen unrichtigen und entstellenden Presseäußerungen hat Herr Bürgermeister Walz im Interesse des Gemeindefriedens geschwiegen und wird auch, solange der Rechtsstreit schwebt, sich auf keinerlei Pressepolitik einlassen.

Aus der Landeshauptstadt

Dr. Wirth und Sebering kommen nicht. Wie der „Volkstribüne“ meldet, haben die Minister Dr. Wirth und Sebering ihre in Mannheim und Karlsruhe angekündigte Verammlung abgelehnt.

Die Oberhein-Kraftwassertrasse im Rundfunk. Am Freitag, den 2. Oktober 1931, wird Herr Oberbaurat Luz (Konstanz) im Auftrag des Rheinischschiffahrtsverbands Konstanz um 18.40 Uhr im Süddeutschen Rundfunk über die „Oberhein-Kraftwassertrasse“ sprechen, worauf wir besonders aufmerksam machen.

Schwarzwaldb-Gelände-Zuverlässigkeitstest der DWA. An der vom Präsidium und der Reichspolizeileitung des Deutschen Reichs-Auto-Clubs (DWA) am Sonntag veranstalteten Schwarzwaldb-Gelände-Zuverlässigkeitstest nahmen insgesamt 50 Fahrzeuge, 24 Kraftwagen und 26 Motorräder teil. In der Klasse der Motorräder fuhr zum erstenmal ein Einspur- und ein Ardietaam mit. Infolge der unangünstigen wirtschaftlichen Lage waren auf der Sternfahrt nach Karlsruhe — dem Start und Ziel der Prüfung — nur wenige Mitglieder aus dem Reiche gekommen, so daß der Wettbewerb mehr eine Angelegenheit der süddeutschen Ortsgruppen wurde. Die Fahrt ging über eine Strecke von etwa 200 Kilometern und auf Bergstraßen bis zu Höhenlagen von 1200 Metern u. d. M. von staten. Den einzelnen Wagen- und Motorradläufen war eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 35—45 Stundenkilometern vorgeschrieben, die durch eine offizielle Kontrollstelle in Bad Sulzach und vier geheime Stoppstellen, in Gaggenau, Klosterheide bei Baden-Baden, Schönmünzach und Marzell, geprüft wurde. Trotz der recht erheblichen Anforderungen an Führer und Fahrzeug, kamen die im Abstand von 2 Minuten gestarteten Maschinen gut über die Strecke. Gegenüber dem Vorjahr zeigen die Ergebnisse sehr beachtliche Verbesserungen. Wesentlich trug dazu bei die gute Beschaffenheit fast aller Straßen und das überaus günstige Herbstwetter. Fast ein Drittel aller Fahrer kam an die höchste Punktzahl heran, was auch für die Leistungsfähigkeit der stark vertretenen kleinen Wagenklasse spricht.

Das Schwurgericht Karlsruhe tritt am 12. Oktober zu einer neuen Tagung zusammen. Unter Anklage stehen wegen Körperverletzung der Glaser Christian J. Reinschmidt aus Büdingen (bei Karlsruhe), wegen vorsätzlicher Brandstiftung der Sägewerksbesitzer Adolf Keller aus Eichenau und der Kaufmann Richard Linder aus Gaggenau, wegen Meineid der Rechtsanwalt Hermann Wädter aus Biedelsheim, der Gendarm Heinrich Jipse und der Schneider Artur Jipse aus Hochstetten und wegen Abtreibung und Beihilfe die Hebamme Anna M. Auerswald aus Siebenlehn.

überlebte Platte. In der Nacht zum Dienstag wurden Versammlungsplätze der NSDAP von unbekannten Tätern mit Handzetteln beleidigenden Inhalts überlebt.

Colosseum-Theater. Wie uns die Direktion mitteilt, ist eine Verlängerung des zur Zeit gartierenden Fritz-Weber-Ensembles infolge anderweitiger Verpflichtungen nicht möglich. Es ist jedoch der Direktion gelungen, ab 1. Oktober die berühmte Bellini-Ausstattungs-Revue „Liebe mich“ für ein 14tägiges Gastspiel nach hier zu verpflichten. Gleich vorweg sei gesagt, daß die Hauptdarsteller zwei alte Bekannte sind: Gertha Löwe, die singende Nachtigall, bestens bekannt aus den Revuen „Freut Euch des Lebens“ und „Komm zu mir“, sowie Max Vestini, ebenfalls bekannt durch seine letzte Revue „Es ist was los“. 32 Bilder mit 40 Mitwirkenden werden an Ihren Augen vorbeiziehen, über 300 Kostüme sowie originale Dekorationen, alles aus den ersten Meisterschülern stammend, geben Ihnen eine besondere Augenweide und die 12 Bellini-Girls sollen zum Schluß auch nicht vergessen sein. Am Dirigentenpult steht der Komponist dieser Revue, Erich Siegler, persönlich, um die verstärkte Colosseumkapelle zu leiten. In allen Großstädten bildete diese Revue stets das Tagesgespräch. Die Eintrittspreise sind nicht erhöht und sind Sonntag nachmittags bei ungekürztem Abendprogramm ermäßigt. Vorverkauf in den Zigarrenhäusern Mehle (Markt- und Waldstraße 34).

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Dienstagmorgen: Die ostdeutsche Randstörung hat sich unter starkem Energieverlust nach Polen verlagert, gleichzeitig ist der hohe Druck über England von einer bei Island stehenden Zyklone etwas nach Süden gedrängt worden und hat weiter an Mächtigkeit verloren. Es wird aber einwachen unsere Witterung bestimmen, da die atlantischen Depressionen im Norden vorüberziehen. **Vorauslage:** Zeitweise heiter, trocken und im Mittag mild, verbreitete Nebelbildungen, in Auflärungsgebieten Nachfröhe, schwache Luftbewegung. **Wasserstände:** Waldshut 284 minus 2, Basel 91 minus 6, Schutterinsel 152 plus 2, Rheinweiler 088 plus 1, Rchl 800 minus 5, Marzau 470 minus 7, Mannheim 372 minus 8, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Überfall auf den Mannheimer Gelbbriefträger vor Gericht. Mannheim, 28. Sept. Große Erregung ging am 8. Mai d. J. durch die ganze Einwohnerschaft, als bekannt wurde, daß der Gelbbriefträger, der 59 Jahre alte Oberpostkammermann Richard Gehrig überfallen, nicht unerheblich verletzt und um 3000 RM beraubt worden war. Die Räuber erfreuten sich nicht lange ihres Besieges. Der eigentliche Arrangeur des Überfalles, der 1910 in Berlin geborene, ledige Zimmermann Erich Gustav Kaspar, war nach Holland geflohen. Er wurde dort am 18. Mai verhaftet und ausgeliefert. Die Verhaftung des 1908 in Straßburg geborenen, ledigen Kunstschülers Camille Schwarz erfolgte am 21. Mai, jene des 1909 in Karlsruhe geborenen, ledigen Kunstschülers Adolf Ged am 18. Mai. Diese beiden waren Schüler der Kunstakademie Karlsruhe. Die Idee, sich durch einen Überfall Geld zu verschaffen, soll in den abenteuerlichen jungen Köpfen durch die in Zeitungen berichtete Vererbung des Gelbbriefträgers Reims in Berlin gereift sein. Bei der Verhaftung der Angeklagten wurden bei Kaspar noch 400 RM und 47 holl. Gulden, bei Schwarz 379 RM, bei Ged 430 RM vorgefunden. Kaspar und Schwarz sind keine unschuldbigen Jünglinge. Ersterer ist wegen Körperverletzung schon vorbestraft. Ged hatte monatlich etwa 70—80 RM zu seinem Unterhalt. Schwarz, der schon in der Jugend war, ist seinen Eltern über den Kopf gewachsen und eine ungebänderte Natur. Auch bei ihm war keine eigentliche Not vorhanden. Kaspar hatte 6 RM Fürsorgeunterstützung und verdiente hie und da als Modell an der Landeskunstschule in Karlsruhe. Bei ihm kann man eher von Not sprechen. In dem Prozeß wurde am Montagabend das Urteil verkündet. Die Angeklagten Schwarz und Kaspar erhielten je 5 Jahre 1 Monat Zuchthaus, Ged, als der weniger Beteiligte, 3 Jahre 7 Monate Gefängnis.

D3. Mannheim, 28. Sept. Im Alter von 64 Jahren verstarb in der Nacht zum Montag Direktor Karl Daffler, Vorstandsmittglied des Vereins Deutscher Olfabrikanten. Er wirkte seit 1897 an diesem Unternehmen und ist ein gebürtiger Mannheimer. Ehrenamtlich hat der Verstorbenen lange Jahre hindurch die Geschäfte eines Schweizer Konsuls geführt. In katholischen Kreisen Mannheims war er als Wohltäter sehr geschätzt.

ld. Heidelberg, 28. Sept. Verhandlungen vor dem Landesschiedsrichter in Karlsruhe wegen des Lohnstreites der Heidelberger Straßenbahner hatten das Ergebnis, daß der derzeitige Lohn von 1. bis 30. September um 5 Prozent und vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1931 um 6 Prozent gestürzt wird. Durch eine Protokollklärung des Vertreters der Arbeitgeber wurden die gegenüber 320 Straßenbahnern ausgeprochenen Abkündigungen zurückgenommen.

D3. Bühl, 28. Sept. Am gestrigen Sonntag hat bei prächtigem Herbstwetter die Einweihung des Denkmals stattgefunden, das die Stadtgemeinde Bühl auf dem Kirchplatz ihren gefallenen Soldaten, 113 an der Zahl, errichtet hat. Das Städtchen war reich besetzt. Nach feierlichen Gedächtnisgottesdiensten am Vormittag folgte in den Nachmittagsstunden die Enthüllung des Denkmals, das einen sterbenden Krieger auf mächtigem Granitblock darstellt, entworfen von Bildhauer Triebel und ausgeführt von den Schwarzwaldbauer Granitwerkern G. Niederle in Bühl. Bürgermeister Dr. Grüninger übernahm das Denkmal in die Obhut der Stadt und feierte das Andenken der gefallenen Krieger.

ld. Bingen a. S., 29. Sept. Seit Jahrzehnten hatte der Hegau keine solche Dörfereorden zu verzeichnen gehabt wie in diesem Jahre. So groß die Ernte, so schwierig gestaltet sich aber auch der Absatz. Mostobst geht zu niedrigen Preisen noch am raschesten ab. Schlecht sortiertes Tafelobst findet keinen Käufer. Solches Obst muß heuer durch die Obstmühle wandern. Mancherorts treten die Obstbauvereine als Käufer auf.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	20. September		28. September	
	Geld	Deut.	Geld	Deut.
Amsterdam 100 G.	—	—	169.83	170.17
Kopenhagen 100 Kr.	—	—	92.41	92.59
Italien 100 L.	21.23	21.27	21.73	21.77
London 1 Pf.	16.38	16.42	15.98	16.02
New-York 1 D.	—	—	—	—
Paris 100 Fr.	—	—	16.68	16.72
Schweiz 100 Fr.	82.32	82.48	—	—
Wien 100 Schilling	—	—	59.16	59.28
Prag 100 Kr.	—	—	—	—

Die Wertpapierbörsen bis auf weiteres geschlossen. Dem Berliner Börsenvorstand lag am Montag ein Erlaß des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vor, in welchem dieser im Einvernehmen mit der Reichsregierung und dem Reichsbankpräsidenten es aus dringenden allgemeinen Interessen für notwendig erklärt, die Börsenversammlungen bis auf weiteres ausfallen zu lassen. Der Börsenvorstand hat diesem Eruchungen entsprochen, aber dem dringenden Wunsch Ausdruck gegeben, daß dem Bedürfnis der Wirtschaft nach baldiger Fortsetzung des amtlichen Börsenverkehrs Rechnung getragen wird, und daß alles geschieht, um auf eine schleunige Beseitigung der jetzt der Abhaltung von Börsenversammlungen etwa entgegenstehenden Gründe hinzuwirken. Die Feststellung der Devisenkurse erfolgt in der Reichsbank.

Die Fund- und Goldbasis. Die rumänischen Produktbörsen haben erklärt, Kontrakte über Getreidelieferungen auf Fundbasis nicht bedingungslos erfüllen zu wollen und verlangen die Goldbasis, während sich die auf dem Balkan durch Zweigniederlassungen vertretenen internationalen Getreideexportfirmen diesen Standpunkt nicht zu eigen gemacht haben. In den Kreisen der Vorstände der deutschen Produktbörsen herrscht die Auffassung vor, daß von Fall zu Fall die Entscheidung den kontrattgemäß vereinbarten Schiedsgerichten zu überlassen sei. Die Vereinigung der Holländischen Exporteure beschloß, den englischen Abnehmern mitzuteilen, daß sie sich mit einer Bezahlung ihrer Lieferungen nach England zum gegenwärtigen Fundkurs nicht zufrieden geben können. Sie stünden vielmehr auf dem Standpunkt, daß die laufenden Kontrakte noch zum Goldkurs abgeschlossen seien.

Beihilfe an die Mäcker. Nach langen und schwierigen Verhandlungen haben die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung den Anträgen zur Unterstützung der freien Mäcker stattgegeben, und zwar stellen das Reich 50 000 RM für die Börsen im Reich und Preußen 50 000 RM für die preussischen Börsen zur Verfügung. In Anbetracht der Tatsache, daß an der Berliner Börse naturgemäß die größte Zahl der Mäcker tätig ist, dürfte der Hauptanteil der Beihilfe Berlin zugute kommen.

Großkraftwerk Mannheim AG. Dieses gemischtwirtschaftliche Werk (Stadt Mannheim, Badenwerk, Redar AG, Walzwerke) berichtet über einen Abschlusstag am 18. Pros. auf 181 (210) Mill. Kilowattstunden; die Eigenerzeugung sank noch härter auf 123 (189) Mill. Kilowattstunden, d. h. um etwa ein Drittel, dies jedoch nur infolge schwebender Verpflichtungen zur Übernahme von größeren Wasserkraftstrommengen. Das Betriebsergebnis ist Ende März 1931 zwar brutto auf 2,14 (1,81) Mill. gestiegen, doch erforderlichen verstärkte Zuweisungen an den Erneuerungsfonds diesmal 1,04 (0,78), so daß er jetzt auf 4,97 (3,93) Mill. steigt. Nach Abzug von 0,72 (0,69) Zinsaufwendungen verbleibt ein Reingewinn von 0,39 (0,37) Mill., aus dem auf die 5,91 Mill. eingezahlten Stammaktien 6 (7) Proz. Dividende entfallen. Die 150 000 RM. Vorzugsaktien A und die 36 000 RM. Vorzugsaktien B erhalten wieder 10 und 15 Proz.

Schnellpressenfabrik AG. Heidelberg. Kapitaltransaktion. Wie das „Heidelb. Tagebl.“ erfährt, beabsichtigt die Bankengruppe, die schon an der Konsolidierung des Richard-Walzhofkonzerns maßgebend beteiligt gewesen war, auch an der Heidelberg Schnellpressenfabrik AG. Interesse zu nehmen. Da die Transaktion noch im Gange ist, können Einzelheiten noch nicht veröffentlicht werden.

Frachtnachlaß für Obstverand. Im großen Schichten der Bevölkerung bei der diesjährigen guten Obsterte Gelegenheit zu geben, sich für den kommenden Winter reichlich mit Obst zu versorgen, und sich dadurch eine gewisse Erleichterung in der Lebenshaltung zu verschaffen, gewährt die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft vom 1. Oktober bis 30. November 1931 für den Stückgutverand von frischen Äpfeln, Birnen und Pflaumen (Zweigschichten) einen Frachtnachlaß, der in den hauptächlich für diesen Verand in Frage kommenden Entfernungen und Gewichtsmengen ungefähr 30 Proz. beträgt.

Diskonterhöhungen. Die Niederländische Bank hat den Diskont von 2 auf 3 Prozent erhöht. Der Satz von 2 Prozent war seit 16. Mai 1931 in Geltung. — Der Diskontsatz der Bank von Irland ist von 5½ auf 6½ Prozent erhöht worden. — Die Nationalbank von Bulgarien hat mit Wirkung von heute ab den Diskontsatz von 8½ auf 9½ Prozent erhöht.

Zahlungsbeschränkung der Schweizerischen Volksbank. Die Schweizerische Volksbank mit dem Sitz in Bern, die in der ganzen Schweiz Zweigstellen besitzt, hat am Montag für die Zweigstelle Zürich die kündigungsfreie Auszahlung von Spar- und Guthabengeldern bis zu 800 Franken beschränkt. In einer Erklärung wird betont: Trotz gewisser Verluste, die heute alle Banken erleiden mögen, dürfen alle der Bank anvertrauten Gelder als gesichert angesehen werden. Gewisse Einschränkungen in der Auszahlung müßten vorgenommen werden, um den Auswirkungen gewisser unkontrollierbarer Gerüchte zu begegnen.

Zahlungseinstellung einer französischen Bank. Das Comptoir d'Escompte in Reims, auch Banque Chapuis genannt, hat gestern seine Zahlungen eingestellt. Die 1850 gegründete Bank spielte in der Gegend von Reims eine wichtige Rolle. Die Zahlungseinstellung hat große Erregung ausgelöst.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Bekämpfung politischer Ausschreitungen

Auf Grund des § 12 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziffer 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 79) und § 2 der zweiten Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 10. August 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 436) wird die in Mannheim erscheinende Zeitung „Dankens-Banner“ mit Wirkung vom heutigen auf die Dauer von 2 Wochen verboten.

Das Verbot umfaßt auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopfsblätter der Zeitung, sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Karlsruhe, den 29. September 1931.
Der Minister des Innern
Raier

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Finanzministeriums:
Zur Ruhe gesetzt wegen leibender Gesundheit:
Finanzinspektor Franz Beder, bei der Landeshauptkasse.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 38

Bezug: Scheint wöchentlich einmal und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Reichspfennig zuzüglich Porto
vom Verlage Karlsruhe, Carl-Friedrich-Strasse 14, bezogen werden

29. September 1931

Zum Gutachten der Sparkommission über die badische Staatsverwaltung

(Schluß)

Dem Abschnitt IV — Justizverwaltung — sind einige allgemeine Bemerkungen voranzuschicken, die neben der nackten Gegenüberstellung der Verhältnisse dieser Verwaltung in Württemberg und Baden auch die Betrachtung der Justizverwaltung in anderen Ländern fordernd. Auch wird auf die Denkschrift über den Stand der Staatsdienstreue der badischen Justizverwaltung — J.M.B. 1928 Nr. 13 — verwiesen. Der Zuschußbedarf auf den Kopf der Bevölkerung ist in Baden mit 16,5 v. H. der geringste in Deutschland, es folgen Hessen mit 19,8 v. H., Württemberg mit 31,2 v. H., Preußen mit 57,3 v. H. und Bayern mit 82,3 v. H. Zahlenverhältnisse, die in der Sitzung des Badischen Landtags vom 30. Januar 1930 dem Abg. Dr. Egger (Zentr.) die Feststellung nahelegten, man könne aus diesen Zahlen ersehen, daß die badische Justizverwaltung bemüht gewesen sei, überall einzusparen, und es werde die Sparkommission hier nicht mehr viel zum Einsparen finden.

Neben dem Ansteigen der anhängig gewordenen Fälle in der streitigen bürgerlichen Rechtspflege (149 938 im Jahr 1930 gegen 90 064 im Jahr 1918), fielen den Rechtspflegeorganen eine Reihe neuerer Geschäfte zu, so das gesamte Fürsorge-Erziehungswesen, die Geschäfte des Justizassistenten, die Miet- und Pachtstreitigkeiten, Vergleichsverfahren zur Abwendung von Konkursen, das Aufwertungsverfahren und die Geschäfte des Arbeitsgerichts. Die Zahl der Beamten des gehobenen mittleren Dienstes hat sich trotz dieser Geschäftszunahme von 691 im Jahr 1914/15 auf 572 im Jahr 1930/31 vermindert. Eine Aufblähung dieses Beamtenkörpers hat demnach nicht stattgefunden.

Auf die einzelnen Sparten des Justizdienstes eingehend, stellt die Denkschrift weiter fest:

Justizministerium:

Die Beamten des Rechnungsamts haben teilweise größere Aufgabengebiete, als die der württembergischen Zentralverwaltung. Ob der Regierung mit Beamten der Eingangsstufe gebient ist, wird bezweifelt; vielfach bestimme auch Abneigung gegen die Beschäftigung in der Zentrale, die nur durch höhere Einstufung sich ausgleichen lasse. Die Dienstverhältnisse der vorbildlichen badischen Registratur seien erheblicher als bei der württembergischen Vorkontrollregistratur und seien besonders fachliche Vorbildung voraus; mechanische Registraturarbeiten würden von den Beamten des gehobenen mittleren Dienstes nicht wahrgenommen. Deshalb wird die von der Sparkommission vorgeschlagene Verschlechterung in der Einstufung zur Personalverminderung abgelehnt.

Gerichte und Staatsanwaltschaften:

Hier wendet sich die Denkschrift gegen die in Aussicht genommene Verringerung der Beamtenstellen des geh. mittleren Dienstes im Hinblick auf die bestehende starke Überlastung und weiter mit Rücksicht auf die gebotene Nachwuchserfüllung an eingearbeiteten Rechtspflegern für die Jahre des stärkeren Abgangs.

Der Aufhebung von Amtsgerichten

wird widersprochen, weil die etwa möglichen kleinen Ersparnisse in gar keinem Verhältnis stehen zu den der Bevölkerung erwachsenden Unannehmlichkeiten, Mehrausgaben und Schäden.

Auf dem Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit

werden von der Sparkommission beachtenswerte Reformvorschläge gemacht, die aber den letzten Schritt nicht tun. Da bei den Aufgaben der Vormundschaftsgerichte, der Notariate und Grundbuchämter die wissenschaftliche Sachbearbeitung verhältnismäßig selten sei, erstrebt die Denkschrift in stärkerem Grad die Übertragung von Aufgaben dieser Dienste an den Rechtspfleger (des geh. mittleren Dienstes) zur selbständigen Erledigung.

Zu der Befehung der Straf- und der Fürsorgeerziehungsanstalten wird bemerkt, die Einstufung der Verwalter sei durch deren Aufgabe berechtigt, weil gerade in Zeiten, bei denen es auf den Sparsatz ankommt, die wirtschaftliche Leitung, da von besonderer Bedeutung, in den Händen von Beamten liegen müsse, die umfassende Kenntnisse aller Verhältnisse in der Arbeitsweise und auf dem Markt besäßen und aus den Gewerbebetrieben der Anstalten den größtmöglichen Ertrag herauszuwirtschaften verständen.

Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Die großen Vorzüge der zentralistischen Verwaltung in Baden, die eine sparsame und zweckentsprechende Verwendung der Staatsmittel und einen gerechten Ausgleich innerhalb der Einzelinstitute der Ministerien garantiert, sollten nicht ohne Not und um einer geringen Ersparnis willen preisgegeben werden. Manche Vorschläge beruhen auch auf einer zu geringen Beachtung der Verschiedenheit der Aufgabengebiete gerade bezüglich der staatlichen Schulanstalten, der Regelung und Abwicklung der Schullastenverteilung, der Verwaltung der Volksschulvermögen und Stiftungen in den Ländern Baden und Württemberg.

Eine in Württemberg auch nicht in nur annähernd vergleichbarem Umfang vorkommende Arbeit — die Verwaltung der Vermögen der Staatschulanstalten, Schul- und Stipendienstiftungen, die Aufsicht über die Volksschulfründervermögen und Abrechnung ihrer Erträge — beschäftigt beispielsweise 2-3 Beamte des geh. mittleren Dienstes in Baden vollständig; hierher zu rechnen ist auch die Verwaltung des großen Gebäudebestandes der Unterrichtsverwaltung.

Bezüglich der gewerblichen Fortbildungsschullehrer kann die Denkschrift den Vorschlägen der Sparkommission ebensowenig wie bei den Fachschulen — Schnitzerei- u. Wagnerschule — nicht folgen, gegen die Beschäftigung von Fachlehrern statt von Beamten, im Angestelltenverhältnis nimmt sie entschiedene Stellung.

In Sachen der Universitätsverwaltung wird daran erinnert, daß die badische Verwaltung schon immer die Befehung der Verwaltungsämter durch einen akademischen Beamten als un-

nötig erachtet hat. Die allgemeinen Rechtsverhältnisse, mit denen die leitenden Beamten der Verwaltung befaßt werden, würden von den geh. mittleren Beamten durchaus beherrscht, und wenn es sich um schwierigere, rechtliche Fragen handelt, so entscheide darüber der akademische Senat mit seinen der juristischen Fakultät angehörigen Mitgliedern. Anlaß zur Änderung der bestehenden bewährten und auf langjähriger Tradition beruhenden Einrichtungen liege deshalb nicht vor.

Anlangend bei der Landesbibliothek könne man vielleicht zugeben, daß in der Anschaffung juristischer Fachliteratur künftig vorsichtiger vorgegangen werden sollte, im übrigen müsse die Übertragung der von ihr erfüllten Aufgabe an die völlig anders gearteten Hochschulbibliotheken als nicht möglich bezeichnet werden.

Die Vorschläge der Kommission über den Rechnungshof bewegen sich in der Richtung auf Wegfall von Stellen und auf Reduzierung von Beamtenstellen. In Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs und der Unsicherheit, die Unterhaltungen und Unterbrechungen besonders begünstigen, ist ein zuverlässiges Prüfungspersonal von besonderer Wichtigkeit, das der Stellung des unabhängigen Rechnungshofs auch entsprechend eingestuft sein muß, wie dies im Gehaltsstarif der Vorkriegszeit der Fall war. Nachdem schon bisher durch den Zuwachs von Prüfungsgeschäften gegen früher (Justiz, Polizei, Bezirksämter, Wirtschaftsfonds, Wohnungsfürsorge, Landwirtschaftskammer, Institut für Zeitungswesen, Bürgerbücherei, orthopädische Klinik) der Rechnungshof selbst wiederholt in seinen Denkschriften die Vermehrung seines Personals zu beantragen Anlaß hatte und erst neuerdings im Landtag der Abg. Föhr darauf hinwies, wie notwendig es sei, daß auch der richtige Vollzug der neuen Sparmaßnahmen dem Rechnungshof gehörig überwacht werde (amtlicher Bericht über die 57. Sitzung Sp. 3021), auch seine Mitwirkung bei der Ausarbeitung neuer Gesetzesentwürfe in letzter Zeit mehr denn früher in Anspruch genommen wird, muß die Verringerung des Prüfungspersonals über kurz oder lang Schwierigkeiten bereiten.

Im letzten (VII.) Abschnitt steht die Finanzverwaltung zur Kritik. Wenn zwar das badische Finanzministerium mehr und zum Teil umfangreichere Arbeitsgebiete aufweist als das württembergische, so ist die Zahl seiner Referenten gleichwohl geringer als die Württembergs; dies ist möglich, weil geh. mittlere Arbeitskräfte in Baden in stärkerem Umfang in die Tätigkeit des Ministeriums eingeschoben sind. Das Rechnungsamts bearbeitet nicht nur Rechnungssachen, sondern auch Sekretariatsarbeiten, die früher von Akademikern besorgt wurden; auch der Kassensprüfungsbereich (früher akademischer Finanzinspektor) wird aus den Reihen der geh. mittleren Beamten gestellt. Die Geschäftsaufgaben des Rechnungsamts sind derzeit umfangreicher, daß entsprechend der Zuteilung von Referenten Arbeitsleistungen vorgenommen werden müßten. Eine Verminderung der Arbeitskräfte ohne Verringerung der Geschäftsaufgaben ist unmöglich, weshalb die Denkschrift dem Abbau von Stellen beim Rechnungsamts widerspricht.

Die Denkschrift wendet sich sodann auch gegen die Herabstufung mit dem Hinweis, daß solange die akademischen Beamten beim Finanzministerium in den höchsten Stufen für höhere Beamte, nämlich in A 1 und A 2a, verbleiben, und die Oberfinanzräte in A 2a zum Teil mit Stellenzulagen von 800 Mk bedacht sind, solange müssen gerechterweise die Sachbearbeiter in den höchst erreichbaren Stufen für gehobene mittlere Beamte in A 2d und A 3b verbleiben.

Für den Bereich der Domänenverwaltung wird festgestellt, daß die Befehung eines Teils der Vorstandsstellen bei den Domänenämtern auch der Sparkommission erstrebenswert erscheint.

Auch beim Geschäftsbereich der Wasser- und Straßenbauverwaltung hat die Sparkommission Stellenaufhebungen und Tiefenstufungen von Stellen des geh. mittleren Dienstes vorgeschlagen zu sollen geglaubt, obgleich die Einstufung dieser Stellen in den letzten Jahren geradezu in stiefmütterlicher Weise erfolgt ist. Zur Bewältigung der umfangreichen Arbeiten dieses Geschäftsbereiches, das die Denkschrift ausführlich umschreibt, ist in der Zentrale ein in bezug auf Stellenzahl sehr bescheiden ausgestatteter Beamtenstab vorhanden, an dessen Stärke und Eingruppierung nichts geändert werden sollte.

Zum Bezirksdienst übergehend, wird gesagt, ein Vergleich über die auf einen geh. mittleren techn. Beamten entfallende Unterhaltungslänge der Straßen ergäbe in Württemberg bei 2682 Kilometern Staatsstraßen und 58 Beamten auf einen Beamten 46,2 Kilometer Unterhaltungslänge, während in Baden für 8055 Kilometer Landstraßen und 1445 Kilometer Kreisstraßen und 3460 Kilometer Kreiswege, zu 7960 Kilometer Straßenlänge und 148 Beamten auf einen Beamten 53,8 Kilometer Unterhaltungslänge entfallen. Vergleicht man aber nur die Straßenmeisterbezirke der beiden Länder, so fällt das Ergebnis für Baden noch günstiger aus. Im übrigen beschränkt die Spargutachten, daß die württembergischen mittleren technischen Beamten viel besser eingestuft sind als die badischen. Tabellarisch wird diese Behauptung nachgewiesen. Die Sparkommission anerkennt hier selbst, daß eine auch nur einigermaßen ins Gewicht fallende Vermehrung nicht stattgefunden hat. Die frühere Zurücksetzung dieser Beamten zum Dauerzustand zu erheben, wie es nach den Sparvorschlägen den Anschein hat, wird in der Denkschrift hingewiesen auf frühere Zusagen als Unrecht empfunden.

Zum Schluß betont die Denkschrift noch einmal, daß die Tendenz des Spargutachtens: rückwärtsloser Abbau von Beamtenstellen und Zurücksetzung verschiedener gehobener mittlerer Beamten unhaltbar ist, und daß gegen die Zurücksetzung rechtliche und sonstige Bedenken bestünden.

Neue Laufbahn für Werkführer und Werkmeister bei der Reichsbahn

Die von der Hauptverwaltung der Reichsbahn im Benehmen mit dem Beamtenrat erlassenen neuen Bestimmungen über die Laufbahn der Werkführer und Werkmeister, sehen als Dienstanfänger für diese Stellen Zivildienstler und Versorgungsbeamte (Inhaber eines Versorgungsscheins, nicht des Anstellungsscheins) vor.

Die Planstellen der Werkführer entfallen zu einem Teil auf Versorgungsbeamte. Die Bewerberliste für Versorgungsbeamte ist für das ganze Reichsgebiet — ausgenommen Bayern — von der Reichsbahndirektion Frankfurt und für den Verwaltungsbereich der Gruppenverwaltung Bayern vom Zentralpersonalamt München zu führen. Der Bedarf an Zivildienstlern ist lediglich aus den eigenen Arbeitern der Eisenbahnverwaltung zu entnehmen.

Die Zulassung zur Laufbahn ist außer von der Erfüllung der allgemein vorgeschriebenen Voraussetzungen sowohl bei Versorgungsbeamten als auch bei Zivildienstlern von dem Bestehen einer Vorprüfung abhängig.

Für Abnahme der Vorprüfung der Zivildienstler gelten die allgemeinen Vorschriften. Bei Versorgungsbeamten ist die Vorprüfung auf Ersuchen der Zentralstelle bei der Reichsbahndirektion Frankfurt (Main) oder beim Zentralpersonalamt in München alsbald nach der Aufzeichnung in die Bewerberliste von derjenigen Reichsbahndirektion abzunehmen, in deren Bezirk der Versorgungsbeamte wohnt.

Die Vorprüfung kann auf Antrag erfrist werden: durch den Besitz eines für diesen Zweck anerkannten Zeugnisses über die erfolgreiche Teilnahme an einem etwa verwaltungsseitig eingerichteten Unterrichtskursus oder durch Vorlage eines von der Verwaltung anerkannten Zeugnisses von Unterrichtseinrichtungen der Wehrmacht und der Schutzpolizei.

Die Stellen der Werkmeister sind Beförderungsposten für Beamte auf schwierigen und wichtigen Dienststellen. In die Beförderungsposten können die Werkführer ohne weitere Prüfung aufrücken. Für die Auswahl der auf den gehobenen Dienstposten zu beschäftigenden Beamten sind Befähigung und Eignung maßgebend.

Staatsangehörigkeit der aus den abgetretenen Gebieten kommenden Beamten

Aus den abgetretenen Gebieten stammende deutsche Beamte, die infolge des Versailler Vertrages oder seiner Ausführungsabkommen unter Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, erhielten durch die Weiterbeschäftigung als Beamte im Dienste des Reichs oder der Länder allgemein nicht ohne weiteres die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie sind vielmehr dann wieder Reichsangehörige geworden, wenn die Weiterverwendung nach dem Inkrafttreten der Bestimmungen des Versailler Vertrages (11. Januar 1920) als eine Reuanstellung im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 angesehen werden kann.

Der badische Minister des Kultus und Unterrichts hat daher an die unterstellten Behörden, Dienststellen und Schulanstalten einen Erlass gerichtet, und darin ersucht, in eine Nachprüfung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse der einzelnen Beamten einzutreten und, falls Zweifel bestehen, die Staatsangehörigkeit der betreffenden Beamten durch das zuständige Bezirksamt feststellen zu lassen. Gleichzeitig wird ersucht, den Beamten von dem Erlass Kenntnis zu geben mit dem Anheimgen, von sich aus festzustellen, ob durch den Versailler Vertrag eine Änderung in der Staatsangehörigkeit eingetreten ist und mit der Aufforderung zu berichten. Gegebenenfalls ist den Beamten nahe zu legen, Einbürgerungsantrag zu stellen oder auch die Einbürgerung ihrer Ehefrau vorzunehmen zu lassen. Beamte oder deren Ehefrauen, die nach den getroffenen Feststellungen eine deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen, sind an das Unterrichtsministerium namhaft zu machen, mit dem Anfügen, ob Einbürgerungsantrag gestellt ist.

B.222. Karlsruhe. Ueber das Vermögen des Gipsersmeisters Hermann Altmeyer in Karlsruhe, Melanchtonstr. 2, wurde heute nachmittags 4 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vertrauensperson ist: Direktor F. J. Sommer in Karlsruhe, Kaiserallee Nr. 5. Vergleichstermin ist am 22. Oktober 1931, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 4, 3. Stock, Zimmer Nr. 234. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen, sowie das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 25. Sept. 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 10.

B.643. Werauh. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wäckermeisters Fritz Brenneisen in Lörrach-Stetten soll mit Genehmigung des Gerichts die Schuldbeteiligung vorgenommen werden. Das vorhandene Massevermögen beträgt 1 255,46 Mk. Die bevorrechtigten Gläubiger fordern 1 289,52 Mk und die nicht bevorrechtigten 11 777,92 Mk. Dies wird mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen auf der Geschäftsstelle des hiesigen Amtsgerichts z. Einsicht der Beteiligten niedergelegt ist. Lörrach, 28. Sept. 1931. Zirkel, Konkursverwalter.

Das Fundbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe verweist am 1. u. 2. X. 31, jeweils 8 u. 14 Uhr beginnend, im Versteigerungssaal Karlsruhe Hof (Eingang Maxaub.) öffentlich gegen Barzahlung die Fundgegenstände, Anfall Mai — Juni 31, nicht abgeholtes Hand- und Reisegepäck sowie unanbringliche Frachtkisten, darunter Tafeluhren, Sammel-, Fern- u. Augenkläser, 5 Herrenräder, 11 Damenräder, 3 Paar Schneeschuhe m. Stöcken, 4 Photoapparate. Die Gegenstände werden am 1. X. von 10 Uhr an ausgeteilt. B.641



Badisches Landestheater

Mittwoch, 30. Sept. 1931
* A 4 (Wittwochmiete), 2. u. 3. Sem. III. S.-Gr., 1. Hälfte
Die Frau ohne Schatten
Oper von Richard Strauss
Regie: Krüsdra
Mitwirkende:
Blau, Fanz, Fischbach, Gabelhorn, Reich-Dörich, Winter, Falke, Friedrich, Solpach, Kiefer, Böser, Hirsch, Schoepflin, Straß
Anfang 19 Ende 22 1/2
Preise E (1-6,30)

Do. 1.10. Tempo über hundert. Fr. 2. 10. Die Entführung aus dem Serail. Sa. 3.10. Im weißen Hölzl. So. 4.10. Vornmittags: Morgenfeier. Abends: Lobengrin. Im Konzerthaus: Frauen haben das gern.

Druck G. Braun, Karlsruhe.